

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Andrea Voßhoff, MdB (Stellvertretende Vorsitzende)
Katherina Reiche, MdB
Jens Koeppen, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB

Nr. 29 / 2013 (26. Juli 2013)

Inhaltsverzeichnis:

- 1.** Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
- 2.** Reform der PV-Förderung führt zum Rückgang des Ausbaus
- 3.** Positive Zwischenbilanz der Marktprämie
- 4.** BAföG-Statistik 2012: 979 000 Geförderte in Deutschland
- 5.** Weg frei für Zuwanderer mit Berufsausbildung
- 6.** Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

im vergangenen Jahr erreichten die Steuereinnahmen von Bund, Länder und Kommunen mit insgesamt 600 Milliarden EUR ein neues Rekordniveau. Sie lagen um 4,7 Prozent beziehungsweise 26,7 Milliarden EUR über dem Vorjahresergebnis. Anhand der weiteren Aufwärtsentwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2012 zeigt sich die konjunkturelle Erholung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise, die sowohl Unternehmensgewinne als auch Löhne deutlich begünstigt hat. Die Beschäftigung hat weiter zugenommen und die Effektivlohnsteigerungen setzten sich fort. Dies führte in Verbindung mit dem progressiven Einkommen- und Lohnsteuertarif zu einer weiteren erheblichen Zunahme des Lohnsteueraufkommens. Diese Entwicklung ist zwar für die Staatseinnahmen erfreulich, nicht jedoch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von Lohnerhöhungen nur in geringem Maße profitieren. Deshalb halten wir

an unserem Ziel fest, die kalte Progression abzubauen. Unsere erfolgreiche Politik der vergangenen Jahre hat für mehr Wachstum und damit für steigende Steuereinnahmen gesorgt. Wir brauchen keine Steuererhöhungen wie von Rot-Grün beabsichtigt. Wichtig ist vielmehr, sorgsam mit den Staatseinnahmen umzugehen.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Ausbau der Photovoltaik verlangsamt sich

Im Juni 2012 haben Bundestag und Bundesrat die Reform der Photovoltaik-Förderung verabschiedet. Ein Jahr später kann eine positive Bilanz gezogen werden. Nach 3 Jahren mit Rekord-Ausbauzahlen von jeweils über 7.000 MW kehrt der Ausbau in diesem Jahr erstmals wieder auf den vorgesehenen Pfad von 2.500 – 3.500 MW zurück. Derzeit werden monatlich ca. 300 bis 350 MW neu zugebaut, bis Ende Juni lag der Zubau für 2013 bei insgesamt 1.800 MW. Das ist ein Rückgang von 40-50 %, aber immer noch ein beachtlicher Ausbau, der voll im Zielkorridor der Energiewende liegt.

Die Vergütungssätze für PV wurden in den letzten Jahren drastisch um zwei Drittel abgesenkt (allein 2012 um bis zu 30 %). Derzeit betragen die Vergütungssätze für Kleinanlagen 15,07 ct und für Freiflächenanlagen 10,44 ct. Im Herbst wird die Vergütung für Freiflächenanlagen erstmals unter 10 ct absinken.

Die durch neue Anlagen entstehenden Kosten haben sich seit 2010 um rund 85 % reduziert. Während die im Jahr 2010 installierten Anlagen EEG-Differenzkosten von rund 2,2 Milliarden Euro verursachten, werden die in diesem Jahr installierten Anlagen lediglich rund 300 Millionen Euro verursachen.

Durch die Kostendegression wurde nicht nur die zuletzt außer Kontrolle geratene Ausbaudynamik gebremst, sondern zudem die Struktur des Ausbaus verändert: Neue Anlagen werden zunehmend zum Zwecke des Eigenverbrauchs von Strom installiert, was die Differenzkosten für die EEG-Umlage weiter senkt. Der Neuausbau von PV ist damit nicht länger ein Kostentreiber für den Anstieg der EEG-Umlage.

Der Effekt des Neuzubaus wird im Jahre 2013 voraussichtlich unter 0,1 ct/kWh liegen.

Derzeit sind in Deutschland 34 GW PV installiert. Die Förderung für neue Anlagen läuft bei Erreichen von 52 GW aus, so dass davon auszugehen ist, dass die PV ab 2017/2018 ganz ohne EEG-Einspeisevergütungen marktfähig sein wird.

3. Positive Zwischenbilanz der Marktprämie

Immer mehr Erzeuger von erneuerbarem Strom vermarkten ihren Strom direkt. Fast die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Energien wird nach neuesten Zahlen der Übertragungsnetzbetreiber vollständig an der Strombörse gehandelt und ist so voll in den Wettbewerb am Großhandelsmarkt für Strom integriert. Eineinhalb Jahre nach der Einführung der sogenannten Marktprämie mit der Novelle des Erneuerbare-

Energien-Gesetzes (EEG) und nur sechs Monate nach Inkrafttreten der zugehörigen Managementprämien-Verordnung zeigen sich deutliche Erfolge.

Die Marktprämie gleicht die Differenz zwischen der Vergütung, die nach dem EEG für Strom aus erneuerbaren Energien gezahlt wird, und dem durchschnittlichen Marktpreis aus. Die Erzeuger verzichten damit auf die Einspeisevergütung.

Die Marktprämie setzt so Anreize, Strom verstärkt dann einzuspeisen, wenn er gebraucht wird – der Marktpreis also über dem Durchschnitt liegt. Im Gegenzug müssen Betreiber von Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen und die Marktprämie in Anspruch nehmen, in gleichem Maß Verantwortung übernehmen wie die Betreiber konventioneller Kraftwerke:

Sie verkaufen ihren Strom selbständig oder mit Hilfe von spezialisierten Stromhändlern im Wettbewerb am Großhandelsmarkt, erstellen dafür Prognosen, melden so genannte Fahrpläne an und müssen für diese gerade stehen. Zudem bieten Betreiber von Biomasseanlagen Regelenergie an. Sie tragen so dazu bei, dass mittelfristig zunehmend auf die Mindesteinspeisung aus CO₂-intensiven konventionellen Kraftwerken (sog. must run) verzichtet werden kann. Insgesamt sind derzeit etwa 70 Unternehmen und Stromhändler an der Strombörse mit der Direktvermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien aktiv. Die Entwicklung zeigt zudem, dass Anbieter von Strom aus erneuerbaren Energien jetzt auf negative Preise am Großhandelsmarkt reagieren und ihre Anlagen in solchen Fällen drosseln. Zuletzt am 16. Juni diesen Jahres, als ein Überangebot an Strom vorhanden war und die Preise für Strom unter Null Euro pro Kilowattstunde sanken, haben mehr als 3200 Megawatt erneuerbare Energien - das entspricht der Leistung von etwa 1500 modernen Windenergieanlagen oder drei großen Braunkohlekraftwerken – ihre Erzeugung gedrosselt und so Kosten in Millionenhöhe gespart.

Die Fraunhofer-Institute für System- und Innovationsforschung (Fh ISI), für Windenergie und Energiesystemtechnik (Fh IWES), das Institut für Klimaschutz, Energie und Mobilität (IKEM) und die Rechtsanwaltskanzlei BeckerBüttnerHeld (BBH) haben im Auftrag des Bundesumweltministeriums die Erfahrungen mit der Marktprämie evaluiert.

4. BAföG-Statistik 2012: 979 000 Geförderte in Deutschland

Im Jahr 2012 erhielten in Deutschland 979.000 Personen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, stieg die Zahl der BAföG-Empfängerinnen und Empfänger gegenüber 2011 um knapp 17.000 beziehungsweise 1,7 %. Unter den Geförderten waren 308.000 Schülerinnen und Schüler und 671.000 Studierende. Während die Zahl der geförderten Schüler und Schülerinnen zurückging (– 3,4 %), wurden im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Studierende gefördert (+ 4,3 %). Die Förderung erstreckte sich zum Teil nicht über das volle Jahr. Im Durchschnitt wurden je Monat 630.000 Personen (190.000 Schüler, 440.000 Studierende) gefördert (+ 2,4 %).

47 % der BAföG-Empfänger/innen (rund 457.000) erhielten eine Vollförderung, also den maximalen Förderbetrag. Die Höhe des Förderbetrages hängt von der Ausbildungsstätte (etwa Berufsfachschule oder Hochschule) und der Unterbringung (etwa bei den Eltern oder auswärts) ab. Eine Teilförderung, die geleistet wird, wenn das Einkommen der Geförderten oder deren Eltern bestimmte Grenzen übersteigt, erhielten 53 % der BAföG-Empfänger/innen (etwa 522 000). Die Zahl der Teilgeförderten erhöhte sich im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 %. Die Zahl der Vollgeförderten ging hingegen um 0,2 % zurück. Im Jahr 2012 betrug die Ausgaben des Bundes und der Länder für Leistungen nach dem BAföG 3.278 Millionen Euro und somit rund 98 Millionen Euro oder 3,1 % mehr als im Vorjahr. Für die Schülerförderung wurden 913 Millionen Euro (+ 3 Millionen Euro) bereitgestellt und für die Studierendenförderung 2.365 Millionen Euro (+ 95 Millionen Euro).

Im Durchschnitt erhielten geförderte Schülerinnen und Schüler monatlich 401 Euro pro Person (+16 Euro) und geförderte Studierende 448 Euro pro Person (-4 Euro). 28 % aller Geförderten wohnten bei ihren Eltern und 72 % außerhalb des Elternhauses.

5. Weg frei für Zuwanderer mit Berufsausbildung

Seit 1. Juli ist die neue Beschäftigungsverordnung in Kraft. Nun steht auch die Liste der Berufe fest, in denen Absolventen von Ausbildungsberufen aus Staaten außerhalb der Europäischen Union Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt haben. Nach der "Blauen Karte EU" für Hochqualifizierte, der verbesserten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und leichteren Einstiegschancen für Studierende aus Nicht-EU-Staaten ist dies ein weiterer wichtiger Schritt, um Beschäftigten aus Drittstaaten den unkomplizierten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen und mit qualifizierter Zuwanderung den Fachkräftebedarf der deutschen Wirtschaft zu decken.

Die jetzt feststehende Positivliste mit Ausbildungsberufen zeigt, dass Betriebe in etlichen Branchen händeringend nach qualifizierten Kräften suchen - nicht nur nach Ingenieuren, sondern auch nach Facharbeitern. Die Positivliste erleichtert es den Betrieben, ihren Bedarf schnell und sicher zu decken.

Voraussetzungen für die Zulassung der Fachkräfte sind, dass

- ihre im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen mit einer deutschen Ausbildung gleichwertig sind und
- in dem Beruf ein Engpass besteht, also auf dem deutschen Arbeitsmarkt freie Arbeitskräfte mit einer bestimmten Ausbildung fehlen.

Die Bundesagentur für Arbeit ermittelt die Engpassberufe und erstellt die Positivliste, die regelmäßig an die Arbeitsmarktentwicklung angepasst wird. Zustimmungen zur Beschäftigung in diesen Berufen werden erteilt, wenn die Arbeitsbedingungen der angebotenen Stellen nicht ungünstiger sind als die vergleichbarer inländischer Beschäftigter.

Die Bundesagentur für Arbeit hat unter Berücksichtigung ihrer halbjährlichen Engpassanalyse nunmehr die aufgelisteten Berufe in eine Positivliste aufgenommen. Diese können Sie unter <http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/besondere-Dst/ZAV/downloads/AMZ/amz-positivliste.pdf> abrufen.

Bei den Pflegeberufen bleiben von der Zulassung Fachkräfte aus den Ländern ausgeschlossen, in denen nach den Feststellungen der WHO selbst ein Mangel an Gesundheitsfachkräften besteht.

Die Positivliste wird in jeweils aktueller Fassung auf der Homepage der Zentrale für Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) veröffentlicht.

6. Kurz notiert

6.1. Öffentlicher Dienst 2012: Mehr Personal an Hochschulen und in Kitas

Mehr Personal an Hochschulen und in Kindertageseinrichtungen führte bis Mitte 2012 zu einem erneuten Anstieg der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, waren am 30. Juni 2012 rund 4,62 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst tätig. Das waren 14.400 Personen oder 0,3 % mehr als ein Jahr zuvor.

Wie schon im Vorjahr kam es vor allem an Hochschulen (+12.700 Personen oder +2,6 %) und in Kindertageseinrichtungen (+9.200 Personen oder +5,5 %) zu einem Personalzuwachs. Bei den Hochschulen handelt es sich hauptsächlich um zeitlich befristete Arbeitsplätze, während bei Kitas mehrheitlich Personal auf Dauer eingestellt wurde.

Da für Hochschulen die Länder und für Kitas die Gemeinden zuständig sind, hat die Zahl der Beschäftigten im Landesbereich (+9.600 Beschäftigte oder +0,4 %) und im kommunalen Bereich (+18.900 Beschäftigte oder +1,4 %) zugenommen. Auf Bundesebene kam es 2012 im Vergleich zum Vorjahr zu einem Personalarückgang um rund 10.800 Personen (-2,1 %). Insbesondere im Verteidigungsressort verringerte sich in Folge der Bundeswehrreform die Zahl der Beschäftigten.

Von den 4,62 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes waren Mitte 2012 knapp über die Hälfte (51 %) im Landesbereich – überwiegend im Bildungswesen – tätig. Auf den kommunalen Bereich entfielen rund 30 %. Rund 11 % waren im Bundesbereich beschäftigt und 8 % bei den Sozialversicherungsträgern und der Bundesagentur für Arbeit.

6.2. 24 % der Bevölkerung buchen Urlaubsunterkunft per Internet

24 % der Bevölkerung in Deutschland reservierten im Jahr 2012 nach eigenen Angaben ihre Urlaubsunterkünfte über das Internet. Dies teilt das Statistische Bundesamt mit. 2009 hatte der Anteil noch bei 17 % gelegen. Am häufigsten nutzten mit einem Anteil von 40 % die 25- bis 44-Jährigen diese Buchungsmöglichkeit. Die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren verwendete das Internet für diese Zwecke mit 9 % am wenigsten. Bei den 45- bis 64-Jährigen lag der Anteil bei 28 % und bei den 16- bis 24-Jährigen bei 16 %.

6.3. Kälte und Nässe führen zu geringerer Spargel- und Erdbeerernte 2013

Die deutsche Spargel- und Erdbeerernte wird im Jahr 2013 voraussichtlich niedriger ausfallen als im Vorjahr. Wie das Statistische Bundesamt nach ersten Ergebnissen weiter mitteilt, wird die Erntemenge beim Spargel um gut 2 % und bei den Erdbeeren im Freiland um 3 % gegenüber 2012 zurückgehen. Ursache waren sowohl bei Spargel als auch bei Erdbeeren ungünstige Witterungsbedingungen. So haben zum Beispiel die Kälte im Mai und die großen Regenmengen mit Hochwasser im Juni die Erntemengen sinken lassen. Die Spargelernte 2013 wird voraussichtlich eine Gesamtmenge von knapp 100.000 Tonnen erreichen, das sind 2.500 Tonnen weniger als im Vorjahr. Gleichzeitig ist die Anbaufläche für Spargel im Ertrag um fast 2 % auf 19.700 Hektar im Jahr 2013 angestiegen. Trotz steigender Anbaufläche ist also die Erntemenge gesunken: Ursache dafür ist der im Jahr 2013 niedrige Ertrag für Spargel von rund 51 Dezitonnen je Hektar. Er liegt um rund 1 Dezitonne je Hektar unter dem Durchschnitt der letzten 6 Jahre. Die größten Anbauflächen für Spargel im Ertrag befinden sich in Niedersachsen (4.300 Hektar), Nordrhein-Westfalen (3 200 Hektar) und Brandenburg (2.900 Hektar). Diese drei Bundesländer verfügen über mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Spargelfläche. Die Erdbeerernte im Freiland wird im Jahr 2013 voraussichtlich gut 145.000 Tonnen betragen und damit um rund 4.600 Tonnen niedriger ausfallen als im Vorjahr. Die Anbaufläche ist dagegen im Vergleich zum Vorjahr mit 14.500 Hektar nahezu konstant geblieben. Der Ertrag für Erdbeeren im Freiland wird mit schätzungsweise nur 100 Dezitonnen je Hektar um 12 Dezitonnen je Hektar niedriger liegen als im Durchschnitt der letzten 6 Jahre. Im Erdbeeraanbau sind die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg führend. In diesen Bundesländern befinden sich rund 60 % der gesamten Anbaufläche für Erdbeeren im Freiland.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent